Gespaltene Nachbarhilfe

London hat großes Interesse an stabilem Euro – offene Unterstützung ist aber tabu

bes. LONDON, 22. November. Großbritannien wird in diesen Tagen in den Verhandlungen in Dublin entscheiden müssen, wie es sich an dem Rettungspaket für Irland beteiligt. Großbritannien ist nicht Mitglied der Währungsunion, ist aber dennoch über die Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) und über den Europäischen Stabilitätsmechanismus der EU (European Financial Stabilisation Mechanism EFSM) eingebunden und denkt über eine bilaterale Kreditvergabe oder Bürgschaft nach. Auch Schweden erwägt bilaterale Hilfe. Großbritannien hatte bei der Griechenland-Hilfe nicht teilgenommen und will auch nicht in die permanenten Rettungskonstruktion eingebunden werden, die von 2013 an die derzeit befristeten Hilfsmaßnahmen ersetzen soll.

Dennoch hat Großbritannien gute Gründe, Irland beizustehen: beide Länder verfügen über enge Handelsverflechtungen und sind an einer weiteren Konjunkturschwäche Irlands nicht interessiert. Großbritannien akzeptiert daher sogar, dass die irische Körperschaftsteuer von 12,5 Prozent Bestand hat, obwohl die britische Regierung die Körperschaftsteuer in Großbritannien gerade auf 27 und dann 24 Prozent reduzieren will; Großbritanniens Banken halten nach Angaben der Stresstests im Sommer irische Staatsanleihen in Höhe von 5,4 Milliarden Euro, wovon 4,8 Milliarden Euro auf die Royal Bank of Scotland entfallen. Diese Summen sind für das britische Banksystem sehr gering. Ernster jedoch ist das Engagement der britischen Banken in Irland, darunter vor allem die im Eigentum der Royal Bank of Scotland befindliche irische Ulster Bank. Noch prekärer ist die direkte Kreditvergabe britischer Banken an Irland, die sich nach jüngsten Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) auf 131 Milliarden Dollar beläuft, ein Großteil davon ebenfalls von der Royal Bank of Scotland vergeben.

Entscheidend für Großbritannien ist jedoch, dass mit Hilfe einer Rettung von Irland die Währungsunion und damit der Wechselkurs des Euro stabilisiert wird. Die britische Regierung hat – trotz aller politisch demonstrierten Distanz zur Währungsunion – keinerlei Interesse an einer Ausweitung der Euro-Krise. Je wackeliger die Währungsunion an den Finanzmärkten betrachtet wird, desto mehr steigt der Wechselkurs des Pfund gegenüber dem Euro und desto schwieriger wird der ohnehin labile Export der Briten in die Währungsunion, seinen mit Abstand größten Handelspartner. Britische Unternehmen exportieren dreimal so viel nach Irland wie nach China.

...

Quelle: FAZ vom 23.11.2010